

Rede von Ulli Schneeweiß zur Kundgebung Bündnis Nazistopp

am 28. März 2021 auf dem Kornmarkt in Nürnberg

"Soziale Krisenpolitik statt rechtes Geschwurbel!"

Corona und die soziale Frage

Diese Schwurbler machten sich auch gestern wieder jede Menge Sorgen um die Einschränkung ihrer ganz persönlichen Freiheiten. Und sie feierten diese angebliche Freiheit erneut mit dem bewussten Verstoß gegen Hygienebestimmungen, gegen Maskenpflicht, gegen Abstände und mit der Forderung nach einem sofortigen Ende aller Coronaschutzmaßnahmen.

Wie wenig sozial diese angebliche neue „Soziale Bewegung“ ist, wird dadurch deutlich, dass sie einen echten sozialpolitischen Skandal im Zusammenhang mit der Coronapolitik – ich möchte fast sagen naturgemäß - kaum beachten:

Die Corona-Krise droht nämlich zur sozialpolitischen Katastrophe zu werden. Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer. Soziale Gräben vertiefen sich. Bildungsungerechtigkeit ebenso.

Warum verschärft Corona die ungleiche Vermögensverteilung?

Auf der einen Seite stehen besser Verdienende. Viele von deren Ausgaben jenseits des unmittelbaren Lebensunterhaltes fallen seit gut einem Jahr weg. Der ausgiebige Besuch beim Friseur mit Strähnchen, Augenbrauen, Ölmassage. Der gepflegte Urlaub auf den Bahamas oder der Skiurlaub. Endlich mal in Ruhe schön shoppen gehen etc. pp. Das dafür vorgesehene Geld bleibt übrig. Die Forscher haben diesen Effekt „Zwangssparen“ getauft – diese Bevölkerungsgruppe wurde quasi zum Sparen verdammt.

Auf der anderen Seite stehen die Geringverdiener und Sozialleistungsempfänger*innen. All diese schönen Extras haben jene sich eh nicht leisten können und müssen im Gegenteil coronabedingt Mehrausgaben schultern: Höhere Energiekosten durch den Lockdown, Kosten der FFP2-Masken, höhere Lebensmittelkosten durch geschlossene Tafeln etc. pp.

Kurzarbeitergeld soll nun seit einem Jahr die Sozialleistung sein, die ein Abgleiten in die Armut verhindert und wird allerorts gefeiert. Ja, schon. Da gibt es sogar oft noch einen Aufschlag bis zu 95% des bisherigen Nettoentgeltes per Tarifvertrag. Super Sache.

Und was ist mit all denen ohne Tarifvertrag? Die müssen mit 60% ihres bisherigen Entgeltes auskommen.

Und was ist mit den über 7 Millionen Minijobbern, die meist nicht deswegen diese Zweitbeschäftigung ausüben, um Geld für ihre CD-Sammlung zu haben, sondern weil sie es einfach brauchen? Für die gibt es gar kein Kurzarbeitergeld, da sie ja auch keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben.

Ebenso die oft prekär arbeitenden Soloselbständigen oder die Künstler. Da hat mir vor einer Woche ein Kollege gesagt, dass er richtig glücklich sei, nun (im März) endlich die sogenannte Überbrückungshilfe ab November 2020 beantragen zu dürfen.

Und so melden nicht nur gewerkschaftsnahe Stiftungen, sondern auch etwa das Managermagazin: „*Corona-Krise vergrößert Ungleichheit zwischen Arm und Reich*“. Das Problem kommt uns natürlich bereits aus der Zeit vor Corona bekannt vor! „*Deutschland ist ein Land mit extrem ungleicher Vermögensverteilung und hoher Einkommensungleichheit*“, mahnte nicht etwa irgendein sozialistisches Kampfblatt, sondern der erzkapitalistische IWF im Jahr 2019 an. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte halten zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besitzen dagegen gar kein Vermögen. Wie kommt der IWF eigentlich dazu, das als Problem zu sehen? Ganz einfach: Einkommensmillionäre legen ihr Geld an und stecken es nicht in den Konsum, der nach wie vor für die Binnenkonjunktur wichtig ist. Einkommensschwächere Haushalte stecken hingegen all ihr Geld – notgedrungen - in den Konsum!

Das alles wird durch die derzeitige Corona-Politik nun also noch verschärft, die gerade den kleinen Mann und die kleine Frau nicht im Blick hat, sondern den Großteil des Geldes in Gesundheitsfürsorge und die Stabilisierung der Wirtschaft steckt. Erst vor einer Woche kündigte das Wirtschafts- und Finanzministerium an, eine weitere halbe Billion Euro in die Wirtschaft zu stecken. Nur mal, um diese Wahnsinnszahl greifbar zu machen: Wenn wir den Betrag auf alle Hartz-IV-Empfänger*innen verteilen würden, hätte jeder von denen ein gar nicht so kleines Vermögen in Höhe von 130.000 EUR.

Es ist richtig, in dieser Zeit Geld in die Hand zu nehmen und Schulden zu machen! Ich sage auch nicht, dass es falsch sei, Unternehmen im Einzelfall zu retten. Aber es ist grundfalsch, hierbei diejenigen zu ignorieren oder nur mit Marginalien zu bedenken, die schon vor der Krise am unteren Ende dieser Gesellschaft waren! Das ist des Sozialstaatsgebotes dieser Republik nicht würdig. Wer so eine Politik macht, vergeht sich also nicht nur gegen die Ärmsten und Abgehängten in dieser Gesellschaft, sondern auch gegen den Auftrag aus Artikel 20 GG.

Warum reißt Corona soziale Gräben auf?

Aber Corona reißt auch soziale Gräben neu auf und vertieft sie. Dies nicht nur, aber auch deshalb, weil es en vogue geworden ist, als neuer Wutbürger und neue Wutbürgerin seine ganz eigene Wahrheit auf die Straße zu bringen. Kein Gerücht ist zu absurd, keine Verschwörungstheorie ist zu verschwurbelt und keine objektive Unwahrheit zu durchschaubar, als dass sie nicht doch von einer ganzen Reihe Menschen geglaubt würde. Geradezu verfeindet stehen diese Heilsbringer jenen gegenüber, die auf Wissenschaft vertrauen und die sie irgendwie in der Nähe des „Systems“ wännen. Und es mutet schon sehr seltsam an, dass diese angebliche Systemnähe auch linke Bewegungen umfasst. Sogar die sogenannte Antifa soll nach deren Meinung Teil des Systems sein.

Aber tatsächlich bedeutet die einseitige Corona-Politik zu Gunsten der Begüterten auch einen Verlust an Teilhabe! In einem kapitalistisch organisierten Land bedeutet wenig Geld schlichtweg auch immer wenig Teilhabe, so einfach ist das: Wer sich kein leistungsfähiges Internet, keinen Laptop und keine Webcam leisten kann, der hat eben auch keine Möglichkeit, auf Zoom, Webex und Teams auszuweichen, um seine Leute im Lockdown trotzdem zu sehen. Wer die Ansteckungsgefahr in den Öffentlichen Verkehrsmitteln vermeiden will, kann nicht einfach auf seinen Privat-PKW ausweichen, wenn er einen solchen nicht besitzt. Wer nicht das Geld hat, sich ausreichend Masken zu kaufen, bleibt ebenso zwangsweise zuhause. Und dieses Zuhause hat auch – je nach Geldbeutel - eine völlig andere Qualität. Es ist schließlich ein Unterschied, ob ich monatelang auf eine 35qm-Wohnküche beschränkt bin, oder in einer schönen Villa meine Hobbies pflegen kann!

Bildungsgerechtigkeit

Ein Riesenproblem ist in diesem Zusammenhang die Bildung. Fernunterricht ohne Präsenz ist immer schwierig – für alle: Lehrer wie Schüler. Die Schüler, die dabei über ein eigenes Zimmer verfügen, einen vernünftigen Laptop und leistungsfähigen Internetzugang haben, haben schon mal eine ganz gute Grundausstattung für den digitalen Unterricht. Wenn sie noch dazu Eltern haben, die Zeit und Fähigkeiten zur Unterstützung haben, werden sie meist unbeschadet aus den Schulschließungen hervorgehen. Aber was ist mit allen Übrigen? Denen trotz anderweitiger Versprechungen bis heute kein Laptop zur Verfügung gestellt wurde? Die ihren Unterricht und ihre Hausaufgaben irgendwo zwischen Fernseher und Bügelbrett machen? Deren alleinerziehende Mutter den ganzen Tag arbeiten muss, damit die Familie halbwegs zurechtkommt? Die werden nicht nur ein verlorenes Schuljahr, sondern auch schlechtere Abschlussnoten und noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und demnach im Leben insgesamt haben.

Aber all diese Horrormeldungen kennen wir ja bereits zu Genüge: Was lösen jene bei der Politik aus? Ein bisschen Stirnrunzeln, dann Schulterzucken ... und weiter Handeln wie bisher! Die formalen „Zahlen“ stimmen ja: Kaum mehr offizielle Arbeitslose als Anfang 2020 und der Deutsche Aktienindex liegt sogar heute höher als vor der Krise - also alles bestens? Shareholder Value at it's best!

Nein! Es darf kein „Weiter so“ geben! Es wird höchste Zeit, gerade jetzt – in der Krise – an das Morgen aller Menschen in diesem Land zu denken. Ja – das kostet Geld, viel Geld! Und dieses Geld wird auf Dauer nicht einfach von den einfachen Steuerzahler*innen und Beitragszahler*innen aufgebracht werden können. Ein weiteres Mal landen wir bei der zentralsten aller sozialpolitischen Fragen – der Verteilungsfrage. Vermögenssteuern, eine echte Erbschaftssteuer, Transaktionssteuern, auch eine echte Vermögensabgabe dürfen kein Tabu mehr sein! Die Reichen müssen geben, damit die Armen leben!

Wir werden diese Krise mit viel Kraft und Disziplin überstehen, keine Frage. Die Frage ist nur, ob wir als solidarische Gesellschaft aus jener hervorgehen oder es wieder mal nur um das Überleben des Stärkeren und Mächtigen geht. Es wird daher auch an uns liegen, gerade in der Krise laut, deutlich und unmissverständlich klarzumachen: Wir fordern die erste Alternative. Wir wollen einen sozialen Staat! Jetzt mehr denn je!